

Bund und Europa

Antrag: BE04

1 **Stellungnahme der AK: Konsensliste**

2 **Votum des LPT: mehrheitlich angenommen**

3
4
5 **Thema: Steuerfahndung statt Steuerhinterziehung**

6
7 Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

8
9 Für uns ist klar, dass wir mehr Geld in den Staatskassen brauchen, um auch mehr Geld
10 für öffentliche Investitionen bereithalten zu können. Dabei gibt es generell zwei
11 Lösungen. Die eine sind Steuererhöhungen. Diese sozialverträglich auszugestalten, so
12 dass nicht der private Konsum einbricht, ist dabei die Herkulesaufgabe. Die zweite
13 Möglichkeit besteht darin, die Steuern auch wirklich einzutreiben, die dem Staat
14 zustehen. Während der Großteil der Menschen sich ehrlich an der Finanzierung des
15 Staates beteiligt, nehmen sich andere heraus und hinterziehen Gelder, die der
16 Gemeinschaft zustehen. Es ist wichtig, dass alle Teile der Bevölkerung ihren gerechten
17 Anteil an der Finanzierung des Staates leisten. Daher ist es wichtig, dass der Staat auch
18 alle Steuern effektiv eintreibt, die ihm zustehen.

19
20 Jede Form der Steuerhinterziehung schadet der Gemeinschaft, entweder in Form von
21 höheren Steuern für die ehrlich Zahlenden oder durch geringerer staatliche Aufträge
22 und Beschäftigung, die auch als Dienstleistung allen Bürger_innen zu Gute kommen
23 würden. Wir wollen in einem Staat leben, der gut finanziert ist, um Gutes zu tun und in
24 dem sich jeder Mensch seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst ist.

25
26 Der mit Abstand größte Teil der Einnahmen für den Staat kommt durch die
27 Einkommens- / Lohnsteuer und die Umsatzsteuer zustande. Die großen Summen, die
28 von einigen gut verdienenden Menschen und Unternehmen zu zahlen sind, verleiten
29 zum Steuerbetrug. In der Regel lassen sich durch Steuerhinterziehung zugleich
30 Hinterziehung bei den Sozialversicherungen, unzulässig gezahlte Sozialleistungen oder
31 auch kriminelle Geschäfte aufdecken. Gerade deswegen ist eine effiziente
32 Steuerfahndung für unsere Gesellschaft doppelt wichtig.

33
34 In ganz Deutschland gibt es 2.600 Steuerfahnder_innen, aber allein 33mal mehr
35 Steuerberater_innen. Ihre Arbeit lässt sich jedoch kaum voneinander unterscheiden,
36 bis darauf, dass die Steuerfahndung ein bürokratischer Akt ist und das letztendliche
37 Durchgreifen bei aufgespürten Vergehen ebenfalls zeitintensiv ist.

38

Bund und Europa

Antrag: BE04

39 Notwendig für das Eingreifen der Steuerfahndung ist ein Anfangsverdacht, z. B. durch
40 eine Mitteilung des Finanzamtes oder auch durch eine Anzeige in der Bevölkerung.
41 Doch bislang ist es so, dass die Steuerfahndung nicht einmal ansatzweise allen
42 Verdächtigungen nachgehen kann, da sie nicht genügend Personal hat.

43
44 Doch warum werden dann nicht mehr Beamt_innen in der Steuerfahndung eingesetzt?
45 Das Problem besteht vor allem in der geringen Korrelation der Profiteure und der
46 Zahlenden. Während die meisten Steuernachzahlungen für den Bund anfallen, tragen
47 allein die Länder die Kosten für die Fahndung. Ein Land wie Hessen hat also wenig
48 Interesse daran, die eigenen gutverdienenden Menschen und Unternehmen mit
49 übertriebener Steuerfahndung zu ärgern, wenn doch die Erträge zum Großteil an den
50 Bund fließen. Welches Land sollte da ein Interesse haben, Gelder für andere
51 einzutreiben und so ggf. Investoren zu vergraulen, auch wenn es betrügerische sind?!

52
53 Um das Problem der personellen Situation der Steuerfahndung verbessern zu können,
54 bedarf es einer strukturellen Wende.

55
56 Die SPD Sachsen fordert daher:
57 Die Anzahl der Mitarbeiter_innen in der allgemeinen Steuerverwaltung und in der
58 Steuerfahndung muss sich bundesweit deutlich erhöhen. Es müssen in einem
59 angemessenen Zeitraum so viele Fahnder_innen eingesetzt werden, wie es braucht,
60 um alle Anfangsverdächtigungen abarbeiten zu können.

61
62 Um allerorts Anreize zu schaffen, die Steuerfahndung auszuweiten, fordern wir, Kosten
63 und Erträge der Steuerfahndung zusammen zu fassen. Das kann dadurch geschehen,
64 dass die in einem Land „erwirtschafteten“ Erträge auch teilweise in diesem Land
65 bleiben, unabhängig davon, wem bei rechtmäßiger Abführung der Steuer diese
66 zugeflossen wäre. Auch andere Modelle sind denkbar, solange sie Anreize schaffen, die
67 tatsächliche Zahl an Steuerfahnder_innen bis zu ihrer wirtschaftlichen und
68 ordnungspolitischen Maximalgrenze auszureizen.

69